

## Antrag

Hannover, den 15.03.2022

Fraktion der FDP

### **Ernährungssicherheit erhöhen - Agrarpolitik neu ausrichten**

Der Landtag wolle beschließen:

#### EntschlieÙung

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine stellt für die weltweite Freiheits- und Friedensordnung eine Zeitenwende dar. Politische Grundsatzpositionen sind kurzfristig neu zu entscheiden, wie beispielsweise in der Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland oder in der Energieversorgung. Von ebenso grundsätzlicher Bedeutung sind die sichere Versorgung unserer Bevölkerung mit hochqualitativen heimischen Lebensmitteln und der Beitrag, den wir zur Ernährung der Menschen weltweit leisten können. Die Bedrohung mit Mangelernährung und Hunger darf nicht zum Mittel der politischen Auseinandersetzungen werden. Ernährungssicherheit für die Menschen weltweit ist die Voraussetzung für Freiheit und Unabhängigkeit. Gleichzeitig trifft der Klimawandel die Landwirtschaft mit globalen Veränderungen und Extremwetterereignissen und gefährdet die Ernten mit zunehmenden Pflanzenkrankheiten und Schädlingsepidemien. Mithilfe moderner Technologien und Innovationen gilt es die Landwirtschaft nachhaltig und ökologisch zu intensivieren.

Russland und die Ukraine sind mit einem Anteil von 30 % die größten Weizen- und Maosexporture weltweit. Aufgrund des kriegerischen Überfalls auf die Ukraine ruht die Frühjahrsbestellung in der Kornkammer Europas. Eine ausbleibende rechtzeitige Frühjahrsdüngung der Winterkulturen würde darüber hinaus in deutlich geringeren Erträgen münden. Nach Expertenrechnungen sind 400 Millionen Menschen von den Lieferungen aus der Ukraine abhängig, die meisten davon in Nordafrika und im Nahen Osten. Auch Russland wird voraussichtlich als Exporteur ausfallen. Berechnungen zufolge fehlen im schlimmsten Fall rund 60 Millionen Tonnen Weizen, 38 Millionen Tonnen Mais und 10,5 Millionen Tonnen Ölsaaten in der internationalen Versorgungsbilanz. Das Wegfallen des ukrainischen Getreides auf dem Weltmarkt führt so zu enormen Verknappungen und Preiserhöhungen. Eine Studie der Universität Kiel mit dem Titel „Ökonomische und Ökologische Auswirkungen des Green Deals in der Agrarwirtschaft“ stellt dar, dass bei der Umsetzung aller geplanten Maßnahmen des 'Green Deal' der EU weitere 60 Millionen Tonnen Produktion verloren gehen würden und sie vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur werden würde. Wenn nun die EU aufgrund der Umsetzung aller Maßnahmen vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur wird, steht sie in direkter Marktkonkurrenz zu den Schwellenländern, die auf Importe aus der Ukraine angewiesen sind. Weitere Preiserhöhungen sind in diesem Fall unausweichlich. Für die EU, Deutschland und Niedersachsen ist dies eine Preisfrage, für die Schwellenländer eine existenzielle, da viele dieser Länder mit ihrem Import-Budget bereits am Ende sind. Marktexperten warnen nicht zuletzt deshalb bereits jetzt vor einer humanitären Katastrophe durch den Ukrainekrieg.

Der Agrar- und Ernährungssektor muss sich auf eine Verknappung des Angebots von Agrarprodukten und Agrarrohstoffen einstellen. Das Preisniveau ist bereits auf ein Rekordniveau gestiegen, wodurch die nationale, insbesondere aber die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln gefährdet ist. Deshalb muss die gemeinsame Agrarpolitik der EU neu ausgerichtet werden auf eine Stärkung der Ernährungssicherheit durch mehr Unabhängigkeit bei der Bereitstellung von Agrarrohstoffen und Lebensmitteln. Es müssen mehr Nahrungsmittel auf begrenzter Fläche produziert werden. Die im Green Deal verfolgte Strategie einer starken Ausweitung des Ökolandbaus, der Flächenstilllegungen und die pauschale Reduzierung des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln stehen dem entgegen. Wir leben in einem Land, in dem qualitativ wertvollste Lebensmittel zu höchsten Umwelt- und Tierwohlstandards produziert werden. Insbesondere in Niedersachsen, dem Agrarland Nummer eins müssen wir diese Stärken weiter fördern und ausbauen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. als Sofortmaßnahme die Verpflichtungen zur Bereitstellung von Ackerbrachen auszusetzen, die an EU-Beihilfen für landwirtschaftliche Betriebe geknüpft sind,
2. die in Niedersachsen für 640 000 ha landwirtschaftliche Nutzflächen bestehende Pflicht zur Reduzierung der Stickstoffdüngung unterhalb des tatsächlichen Pflanzenbedarfs aufzuheben und stattdessen die Trinkwasserkooperationen mit der Landwirtschaft zu intensivieren,
3. gemeinsam mit den Kommunen und den Wasserversorgern kurzfristig wirkende Konzepte zu entwickeln, die eine vorübergehend höhere Wasserentnahme für die Feldberegnung zulassen,
4. befristet keinerlei zusätzliche Beschränkungen des Pflanzenschutzsinsatzes zu erlassen,
5. sicherzustellen, dass der Landwirtschaft ausreichend Energie und Treibstoffe zur Verfügung stehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich in einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen,

1. Maßnahmen zu ergreifen, die den Selbstversorgungsgrad in Deutschland nachhaltig erhöhen und die Nahrungsmittelversorgung in Deutschland somit unabhängiger von globalen Krisen machen.
2. kurzfristig die landwirtschaftliche Produktion in der EU deutlich auszuweiten, um eine weitere humanitäre Katastrophe infolge des Ukraine-Krieges abzuwenden.
3. dass die vorhandenen Potenziale zur Erzeugung von Getreide, Eiweißpflanzen und Ölsaaten EU-weit genutzt und erhöht werden,
4. dass eine Stilllegung wertvoller Ackerflächen verhindert wird, um die Produktionskapazitäten zu steigern und nachhaltig zu gewährleisten,
5. dass durch neue Züchtungstechnologien schneller neue effizientere Sorten bereitgestellt werden, die eine ressourcenschonende Produktion ermöglichen, indem sie verbesserte Erträge mit geringerem Wasserbedarf und dem Einsatz von Pflanzenschutz- bzw. Düngemitteln ermöglichen,
6. dass die Ernährungssicherheit neben dem Biodiversitätsschutz und der Stärkung des ländlichen Raumes ein fester Bestandteil der EU-Agrarpolitik wird und eine langfristige Strategie erarbeitet wird, die den Agrarsektor resilienter macht,
7. dass eine Neubewertung des EU-Green Deals und der Farm-to-Fork-Strategie mit einer aktuellen Folgenabschätzung vorgenommen wird,
8. dass die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln als gleichwertiges Ziel im Green Deal aufgenommen wird.

#### Begründung

Durch den Ukraine-Krieg droht ein Komplettausfall der ukrainischen Ernte, da weder Saatgut, Dünger, Treibstoff noch Feldarbeiter zur Verfügung stehen. Die Lebensmittelversorgung steht somit vor enormen Herausforderungen. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln muss in Europa optimiert werden und nachhaltig zur globalen Ernährungssicherheit beitragen. Die 2023 in Kraft tretende GAP-Reform mit ihren großräumigen Flächenstilllegungen und kleinteiligen Produktionsauflagen setzt auf einen Rückgang der heimischen Produktion und würde die Versorgungssicherheit gefährden, einen Anstieg der Agrarimporte aus Übersee nach sich ziehen und damit den Hunger in anderen Teilen der Welt befeuern. Vor diesem Hintergrund müssen die Ziele des EU-Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie neu bewertet werden und eine Folgenabschätzung auf den Weg gebracht werden, ohne dabei die Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz infrage zu stellen.

Auch der Österreichische Bauernverband fordert eine Kurskorrektur der EU-Agrarpolitik. Es müsse jeder Quadratmeter Boden genutzt werden, um Europa mit Getreide zu versorgen und darüber hin-

aus auch einen wichtigen Beitrag für die bisherigen Getreide-Abnehmerländer der Ukraine zu leisten. In Frankreich soll ein Resilienzplan zur Abfederung der Folgen des Ukrainekrieges vorgelegt werden für die wichtigsten Wirtschaftsbranchen, zu denen die Landwirtschaft gezählt wird. Der französische Landwirtschaftsminister erklärte, dass Europa mehr produzieren müsse, um eine weltweite Nahrungsmittelkrise zu vermeiden. Er betonte, dass Europa mit seinen fruchtbaren Böden seine Ernährungsaufgabe selbst wahrnehmen und in der Lage sein müsse, mehr zu erzeugen, um auch andere Länder zu unterstützen.

Investitionen in die Landwirtschaft stellen Investitionen in unser aller Freiheit und Unabhängigkeit dar. Landwirtschaft muss wieder den Stellenwert bekommen, den sie verdient, denn sie allein versorgt die Gesellschaft mit guten und wertvollen Lebensmitteln und sichert so unsere Lebensgrundlage.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer